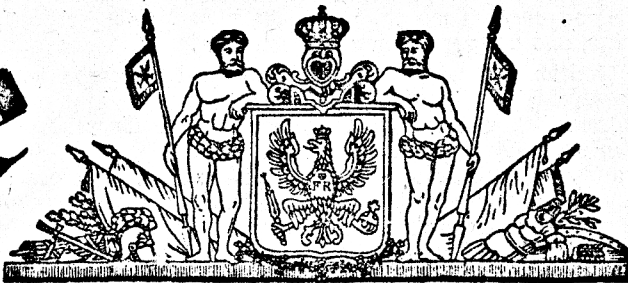


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen. Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66²/₃% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich f. d. Redaktion (m. Ausnahme d. Handelsteils): i. V. Dr. W. H. Edwards in Bln. Wilmersdorf. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 bis 11 852, sowie 15 277 und 15 281 bis 15 298. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Beschlüsse der Konferenz.

Drahtmeldung.

Spa, 17. Juli. (Amtlich.)

Die Konferenz hat von den vier Gegenständen der Tagesordnung in der Reihe erledigt die militärische Frage, die Frage der Kriegsvergehen und die Kohlenfrage; die Frage der Wiedergutmachung konnte nicht mehr behandelt werden. Am raschesten ist das Problem gelöst worden, das noch vor kurzer Zeit die Gemüter am heftigsten bewegte, nämlich die Bestrafung der Deutschen, welche wegen Vergehen gegen die Kriegsregeln angeschuldigt wurden. Hier ist es einer gemischten Kommission von Sachverständigen in kürzester Zeit gelungen, eine Verständigung über die einschlägigen Methoden zu erzielen.

Hätte man in den Fragen der Entwaffnung Deutschlands und seiner Kohlenlieferungen an die Alliierten einen ähnlichen Weg eingeschlagen, so würde man sich Zeit und Kraft erspart haben. Bei der wurden in beiden Fragen die Verhandlungen mit einem Verhör der angeklagten deutschen Regierungen begonnen und mit einer einseitigen Entscheidung geschlossen. Die deutschen Gegengründe konnten nicht mit der nötigen Ausführlichkeit zu Gehör gebracht werden. Das Verhandeln im Plenum machte eine geschäftsmäßige Erledigung unmöglich, wenn man auch die schwierige Lage der Alliierten anerkennt, die immer erst unter sich einig werden mußten, um Deutschland eine Antwort zu geben, und von dieser Antwort dann kaum wieder abgehen konnten. Wenn man die Absicht der Alliierten zugibt, Deutschland entgegenzukommen, so bleiben die von der deutschen Delegation unterschriebenen Protokolle doch eine außerordentlich schwere Belastung unseres innerpolitischen wirtschaftlichen Lebens. Sie erhalten einen besonders gefährlichen Charakter dadurch, daß die Alliierten es für nötig befunden haben, in beiden Fällen ihre Entscheidung uns aufzuzwingen. Immerhin enthalten die unterzeichneten Entscheidungen nicht bloß Nachteile für Deutschland.

Die militärische Entscheidung läßt uns die Möglichkeit, die Ruhe im Industriegebiet, der sogenannten neutralen Zone, nötigenfalls durch die militärischen Nachmittel aufrechtzuerhalten, und sie verlängert die Fristen für die Entwaffnung und die Herabsetzung der Heeresstärke um weitere drei bis sechs Monate. Auch gibt sie dem Rest des deutschen Heeres in mehreren Punkten eine bessere Organisation.

Die Kohlenentscheidung wird nach dem Beschluß des Wiedergutmachungsausschusses über die Höhe der monatlichen Kohlenlieferungen vorläufig von 2 400 000 Tonnen auf 2 000 000 T. herabgesetzt und gibt die Aussicht, den Ausfall in Ruhrkohle, der durch die vereinbarten Lieferungen entsteht, durch eine Mehrbelieferung mit oberschlesischer Kohle einigermaßen zu mildern. Außerdem richtet sie für Oberschlesien eine besondere Kohlenkommission ein, in der Deutschland als Mitglied vertreten ist. Für die auf dem Landwege gelieferte Kohle wird eine Prämie von 5 Mark Gold pro Tonne und der Vorschuß in Höhe des Restes der Differenz zwischen dem deutschen Inlandspreis und dem auf bestimmte Art festzustellenden Weltmarktpreis gewährt, der monatlich nach Maßgabe der Höhe der Kohlenlieferung fällig wird. Die Prämie und der Vorschuß können und sollen sofort zur Erhöhung der Lebenshaltung in Deutschland des deutschen Volkes verwendet werden, insbesondere der Bergarbeiter, durch deren Mehrarbeit in erster Linie die Durchführung der Kohlenlieferungen an die Alliierten ermöglicht wird. Die nötigen Maßregeln zur Belieferung des Gebietes mit Mehl und zur Beschaffung auswärtiger Lebensmittelaufwachen sind schon in Angriff genommen. Die von den Alliierten mit großem Nachdruck verlangte Unterzeichnung der Klausel, daß im Falle nicht genügender Kohlenlieferung sofort das Ruhrgebiet besetzt werden könnte, hat die deutsche Delegation abgelehnt. Das Abkommen wurde nur unter Ausschluß dieser Klausel unterzeichnet.

Als positives Resultat der Konferenz darf verzeichnet werden, daß im Laufe der Verhandlungen die Stellung der deutschen Delegierten sich der normalen Stellung immer mehr näherte, wenn sie sie auch noch keineswegs erreicht hat. Es ist zu hoffen, daß die vierte Frage der Wiedergutmachung in Genf von vornherein in einem weniger mißtrauischen Geiste verhandelt werden wird als ihre Vorgänger in Spa.

Genf nicht Genf.

Eine Richtigstellung.

Das Wossische Telegraphenbüro teilt mit, daß die Konferenz über die Wiedergutmachungsfrage nicht in Genf (Belgien), wie es in der amtlichen Meldung in den gestrigen Morgenblättern hieß, sondern in Genf (Schweiz) abgehalten werden wird.

Der Sonderzug mit der deutschen Delegation hat gestern nachmittag vier Uhr Spa verlassen. Zur Verabschiedung waren auf dem Bahnhof für die belgische Regierung der Generalsekretär der Konferenz Rolin Jacquemyns und Graf Duchatel anwesend.

Die Verhandlungen über das Kohlen-Abkommen.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mp Rom, 16. Juli.

Die „Idea Nazionale“ macht über das Zustandekommen des Kohlenabkommens die folgenden Mitteilungen: Minister Simons wurde am 14. abends von Lloyd George vertraulich über den Inhalt des bevorstehenden Ultimatums unterrichtet. Im Laufe des 15. erhielten die Deutschen Kenntnis der Ententevorschläge. Simons bot Lloyd George zunächst 1 700 000 Tonnen monatlich, nach dem Oktober 2 Millionen an, dabei auf 30 Francs Aufgeld pro Tonne für das Gesamtquantum bestehend. Erst, nachdem den Deutschen zu verstehen gegeben wurde, daß Änderungen nötig seien, überreichten sie einen konkreten schriftlichen Vorschlag, über den die Vertreter der Verbündeten am Vormittag und Nachmittag des 16. diskutierten. Bezüglich des Kohlenpreises stand der Annahmewilligung — der englischen Anschauung — diejenige Millerands und Sforzas entgegen, die ausführten, nach der Reduzierung des Pariser Quantums müßte wenigstens der Preis festgehalten werden. Bei Annahme des deutschen Vorschlages käme für Italien die Tonne Kohlen auf 850 Lire, wodurch die italienische Industrie zu sehr ins Hintertreffen geraten würde. Die Folge würde ein Steigen der englischen Kohlenpreise sein. Lloyd George, der zuvor noch telegraphisch zitiert hatte, bekam auf einmal Bedenken, da er eine Revolte der deutschen Kohlenarbeiter voraussetzte, falls die Entente kein Aufgeld bewilligen würde, und bestand auf seiner Anschauung, die Sforza vermittelte und anbot, den Deutschen 5 Goldmark pro Tonne Aufgeld zu geben, dessen Verrechnung auf die Entschädigung vorzunehmen sei. Vor der Mittagspause war es noch nicht gelungen, Lloyd George umzustimmen. Auch nachmittags, nach der Gutheißung von Sforzas Projekt durch die Sachverständigen, blieb er hartnäckig.

Dazu bemerkt der Berichterstatter der „Idea Nazionale“, England hätte ein Interesse an der Berechnung der deutschen Kohlen zu dem Weltmarktpreise. England brauche nur die Kohlenpreise zu erhöhen, um die Konkurrenz der französischen, auf deutsche Kohlen angewiesenen Industrie auszuschalten.

Interessant ist, daß eine Stefaninote aus Spa bemittelt ist, dem italienischen Publikum klar zu machen, warum selbst das anleihebedürftige Italien Deutschland eine Anleihe gewähren müsse. Italien hätten drei Möglichkeiten offen gestanden: entweder keine Kohlen zu erhalten oder zur Ruhrbesetzung zu drängen oder nur englische Kohlen zu kaufen, die teurer als die deutschen sind. Italien erhält ca. 200 000 Tonnen und nimmt mit 10 v. S. an der deutschen Anleihe teil.

Der Eindruck in Frankreich.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

wf Paris, 17. Juli.

In den französischen politischen Kreisen überwiegt, soweit ich feststellen konnte, die Enttäuschung über die Ergebnisse von Spa. Es ist zu erwarten, daß die Zustimmung in der bevorstehenden Kammerdebatte zum Ausdruck kommen wird. Trotzdem wird die Kammer Millerand vermutlich ihr Vertrauen aussprechen, denn ziemlich allgemein wird anerkannt, daß Millerands Politik unter den gegebenen schwierigen Umständen die bestmögliche wäre. Die Unzufriedenheit der hiesigen politischen Kreise, die heute ihren Widerhall in dem größten Teil der französischen Presse findet, entspringt der zunehmenden Erkenntnis, daß der Pariser Vertrag keine wirksame Sicherheit für die Wahrung der französischen Interessen bietet. Das Abkommen von Spa bedeutet nach der hier verbreiteten Auffassung eine Vertragsrevision zuungunsten Frankreichs. Die Eventualität der Besetzung des Ruhrgebiets wird als Schädlichhaltung von ersten Politikern nicht empfunden, weil ihnen eine Ausdehnung der Besetzung deutschen Gebiets keineswegs erwünscht wäre. Die Vorkämpfer einer wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland zeigen sich besonders enttäuscht durch das Auftreten von Stinnes. Simons' Gesicht wird allgemein anerkannt. Englands Haltung wird allgemein scharf kritisiert, doch wird dabei betont, daß eine Fortdauer der innigen Bundesbeziehungen trotzdem durchaus notwendig sei. Die Bedrohung Warschaws durch die Bolschewisten stimmt die hiesigen Kreise sehr ernst.

Der Erfolg von Spa.

Von
Georg Bernhardt.

Die Ergebnisse von Spa bilden eine öffentliche Rechtfertigung aller derjenigen, die der deutschen Regierung einseitig geraten haben, den Vertrag von Versailles zu unterzeichnen. Diejenigen, die damals anders rieten, begründeten ihre Haltung auf zweierlei Art. Die einen meinten, die Einmischung Deutschlands sei nur ein Bluff, und wenn Deutschland sich zu unterschreiben weigere, dann würde ein besserer Friedensvertrag zu erzielen sein. Eine solche Möglichkeit hat es nie gegeben. Und nach den Ereignissen, die zu der Besetzung von Frankfurt führten, dürfte heute wohl niemand an dem Ernst der alliierten Drohung zweifeln. Die zweite Auffassung ging dahin: die Besetzung werde nicht lange dauern; die Entrüstung der Welt werde schließlich die Feinde zwingen, die Bergewaltung aufzugeben und in einen milderen Vertrag zu willigen. Auch solche Märchen darf heute niemand mehr für Wahrheit halten. Kein Finger in der Welt hat sich bisher für Deutschland gerührt, und selbst das amerikanische Volk, auf das so große Hoffnungen von deutscher Seite gesetzt worden sind, hat sich in aller Form an Deutschland für desinteressiert erklärt. Wenn der Friede von Versailles nicht unterzeichnet worden wäre, dann hätten die Alliierten mindestens das Ruhrgebiet und Frankfurt am Main besetzt. Damit wäre die süddeutsche Kohlenversorgung in die Hände der Alliierten übergegangen. Die Rheinlande hätten sich bestimmt vom Reiche gelöst, und die Mitteilungen der süddeutschen Ministerpräsidenten ließen in der kritischen Zeit gar keinen Zweifel daran zu, daß Baden, Bayern, Hessen und Württemberg trotz allem inneren Widerstreben — ohne Kohle und ohne Geld — ihre Separatverträge mit den Alliierten hätten machen müssen. Die deutsche Einheit war dann vorbei.

Wer solche Politik der sicheren Katastrophe und Vernichtung nicht treiben wollte, mußte den Vertrag von Versailles unterschreiben. Man konnte, man durfte es tun in der Hoffnung, daß die Erfüllung von Unerfüllbarem niemals verlangt werden kann. In der Politik kommt letzten Endes alles darauf an, Möglichkeiten zu Verhandlungen offen zu halten oder neu zu schaffen. Und es ist eine politische Weisheit, daß man in gewissen Situationen dem Gegner einen möglichst weithin sichtbaren Erfolg lassen muß, wenn man sich seine Verhandlungsbereitschaft für später sichern will.

Solche Verhandlungsbereitschaft bestand bereits lange vor Spa. Denn die Verantwortlichen in den alliierten Ländern und besonders in Frankreich, das auf die deutschen Leistungen in erster Linie angewiesen war, wußten genau, daß Arbeit nur freiwillig geleistet werden kann, und daß genügende Lieferungen von deutschen Unternehmern und Arbeitern nur zu erreichen waren, wenn auch der deutschen Wirtschaft ein ausreichender Versorgungsspielraum gelassen wurde. Der französische Minister Loucheur hat im vorigen Jahre die Verhandlungen, die er namens der Wiedergutmachungskommission mit deutschen Industriellen und Beamten leitete, mit einer Rede eingeleitet, deren Inhalt damals von deutschen Teilnehmern der Besprechungen etwa folgendermaßen charakterisiert wurde: „Meine Herren! Daß der Kohlenlieferungsvertrag nach den Pariser Bestimmungen für Deutschland nicht erfüllbar ist, wissen wir. Wir sind mit Ihnen ja gerade deshalb zusammengekommen, um darüber zu beraten, in welcher Höhe Sie Ihre Verpflichtungen erfüllen können.“ In jenen Verhandlungen wurde denn auch bereits das Kohlenquantum, das Deutschland an die Alliierten zu liefern hatte, von rund 41 Millionen Tonnen auf 29 Millionen Tonnen herabgesetzt. Also schon damals kein Zusammenbruch nach der Unterschrift, sondern eine wesentliche Erleichterung der Bedingungen!

Und es gehört wirklich nicht viel politisches Verständnis dazu, um zu erkennen, daß auf den verschiedensten Gebieten ähnliche Erleichterungen in vielleicht noch größerem Maßstabe zu erzielen gewesen wären, wenn in den letzten Jahren nicht in allen deutschen Kabinetten dauernd die Ideenlosigkeit gesteuert und die Tatenlosigkeit in Erwartung des englischen Wunders geherrscht hätte.

Trotz alledem ist in Spa ein weiterer Erfolg erzielt worden. Diesen Erfolg kann man nicht bestreiten, wer in einer absoluten Protesteinstellung beharrt. Diese Protesteinstellung hat leider während der Tage von Spa zum größten Teil die deutsche öffentliche Meinung regiert. Man sprach zumeist von Bergewaltungen und besagte sich über die Diktataneingaben der Alliierten. Es wird gewiß niemanden — namentlich keinen Deutschen — geben, der die Formen schon findet, die vielfach von seiten der Alliierten in Spa für die Verhandlungen beliebt worden sind. Insbesondere muß die hochfahrende Haltung von Lloyd George während der ersten Tage für alle deutschen Delegierten unerträglich gewesen sein. Aber trotz aller gewiß berechtigen Empfindlichkeit für die Schwankungen von Gefühlstönen sollte man sich in Deutschland auch eine gewisse Sachlichkeit selbst in schweren Stunden und in so